

# Justiz im Zwielflicht

Ermittlungsfehler, überlange Gerichtsverfahren und ein volles Gefängnis – der **Rechtsapparat** ist dringend reformbedürftig.

Text: **Stefan Kunzmann**  
Foto: **Patrick Galbats**

**Der mehrfach ins Visier der Kritik geratene Justizminister hat ein «Maximum an Sicherheit» versprochen.**

Mittlerweile gehört die Kritik am Justizapparat zur alltäglichen Routine von Marc Fischbach. Jedes Mal, wenn der Ombudsman seinen Jahresbericht vorträgt, weist er auf die überlangen Gerichtsprozeduren und den Mangel an Informationen seitens der Ermittlungsbehörden hin – so auch im letzten Jahr. Doch die Rufe des «Knoutermann»

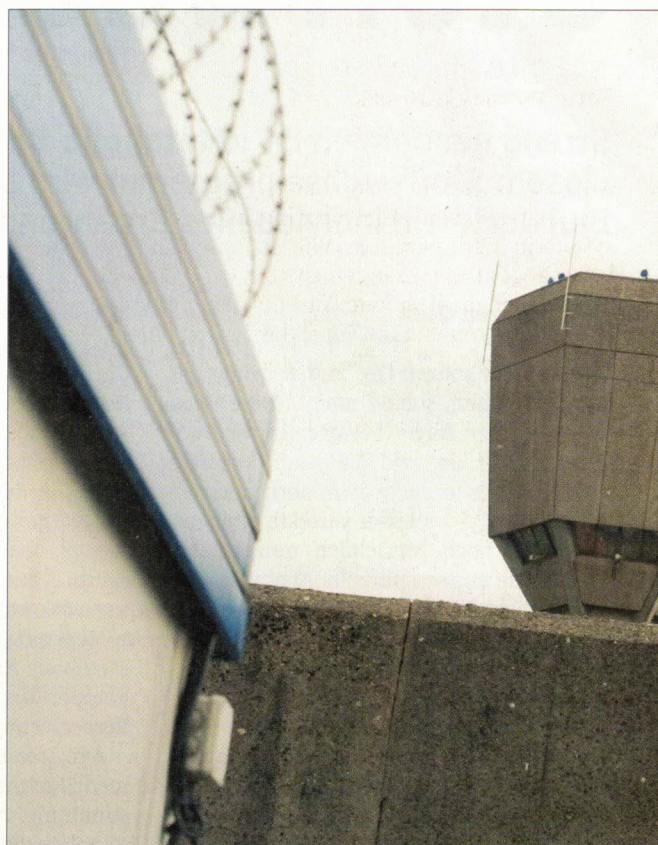
scheinen ungehört zu verhallen. Zwar gehört die Cité Judiciaire zu den größten Baustellen des Landes, inhaltliche Veränderungen im Rechtsapparat deuten sich indes kaum an. Fischbach hatte unter anderem vorgeschlagen, ein Gremium zu schaffen, das die Justiz wieder näher an den Bürger heranführen soll. Dieser «Conseil supérieur de la Justice» könnte die Gerichtsbarkeit von außen kontrollieren und gleichzeitig ihre Unabhängigkeit garantieren.

Als Disziplinarorgan würde der Oberste Justizrat Gutachten erstellen und Empfehlungen aussprechen – ähnlich wie die gleichnamige Einrichtung in Belgien.

In der Tat besteht auf dem Justizsektor dringender Reformbedarf. Doch von Reform ist bislang noch nichts zu erkennen. Die schleppende Arbeit der Behörden zeigt sich zum Beispiel im Fall des Luxair-Flugzeugabsturzes. Die Untersuchungen sind fünf Jahre nach dem Unglück immer noch nicht abgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft räumte ein, dass sie zu lange dauern – mit dem ergänzenden Hinweis, dass es sich um eine außergewöhnlich schwerwiegende und vielschichtige Rechtssache handle.

Kein Ruhmesblatt erwarb sich die Staatsanwaltschaft auch im Mordfall Elodie Kopczynski: Der inzwischen zu lebenslanger Haft verurteilte Mörder der jungen Belgierin denunzierte sich selbst. Er hatte bereits vor 21 Jahren einen Menschen ermordet, war aber acht Jahre nach dem Antritt seiner Haftstrafe wieder freigelassen worden. Die Justiz hatte sich nach den Worten von Rechtsanwalt Gaston Vogel in dem Fall eine skandalöse Fehleinschätzung geleistet. Eine Reihe von Fauxpas lieferten die Ermittlungsbehörden auch in der «Affär Bommeleeër», in deren mittlerweile 20-jährigen Geschichte unter anderem das Untersuchungsgeheimnis nicht gewahrt wurde. Die Affäre wird die luxemburgische Öffentlichkeit auch sicherlich im kommenden Jahr beschäftigen.

Heiß diskutiert war zuletzt vor allem der Strafvollzug. Die Haftanstalt Schrassig machte im vergangenen Jahr vor allem durch mehrere Ausbrüche und Selbstmorde von Gefangenen Negativschlagzeilen. In dem überfüllten Knast sind Schwerverbrecher genauso untergebracht wie leichte Fälle, Jugendliche genauso wie Abschiebehäftlinge. Immer wieder wurde die mangelnde individuelle Betreuung und psychosoziale Begleitung der Insassen ange-



**Brennpunkt Knast:** Ein neues Gefängnis ist wegen der Überbelegung in Schrassig dringend notwendig.

prangert. Trotz Aufstockung des Personals in den letzten Jahren werden die Häftlinge immer noch ungenügend auf ihre Haftentlassung vorbereitet. Ein Defizit, auf das übrigens auch der Ombudsman aufmerksam machte.

Das «Unité fermé» für Jugendliche in Dreibern ist ebenso längst überfällig, und auch das «Centre de rétention» für abgewiesene Asylbewerber wurde immer wieder verschoben. Letzteres soll immerhin im Herbst 2008 bezugsfertig sein. Der chronischen Überbelegung der Schrassiger Haftanstalt begegnet die Regierung mit dem Plan, ein neues Gefängnis zu bauen. In Sassenheim soll eines für rund 400 Untersuchungshäftlinge entstehen.

Der mehrfach ins Visier der Kritik geratene Justizminister Luc Frieden hat derweil «ein Maximum an Sicherheit» versprochen. Bereits in den vergangenen Jahren wurden zusätzliche Polizisten und Justizbeamte eingestellt. Die Zahl der Richter stieg um 30 Prozent und die der Untersuchungsrichter von sieben auf 13. Ersichtliche Früchte hat die personelle Verstärkung bisher noch nicht getragen. Zumindest hat sich die Verbrechensrate im Land seither nicht wesentlich verändert. ■